

Gute Public Corporate Governance ist kein Selbstzweck: sie schützt Steuergelder, stärkt das Vertrauen und verhindert Wettbewerbsverzerrungen.

Medienmitteilung vom 15. Juli 2026

Die jüngsten Feststellungen der Geschäftsprüfungskommission (GPK) bei den Solothurner Spitälern zeigen, dass gute Public Corporate Governance nicht auf dem Papier, sondern in der Praxis bestehen muss. Der KMU- und Gewerbeverband Kanton Solothurn (KGv SO) fordert den Regierungsrat auf, seine Eigentümerverantwortung konsequent wahrzunehmen und die bestehenden Governance-Grundsätze wirksam umzusetzen.

Der Kanton Solothurn verfügt seit 2010 über eine Beteiligungsstrategie und Public-Corporate-Governance-Richtlinien. Mit der Aktualisierung mehrerer Eigentümerstrategien im Jahr 2025 wurden diese Grundlagen weiterentwickelt. Nun gilt es sicherzustellen, dass diese Instrumente ihre Wirkung auch tatsächlich entfalten. Richtlinien schaffen nur dann Vertrauen, wenn sie konsequent angewendet, überprüft und bei Bedarf durchgesetzt werden.

Die Feststellungen der GPK machen deutlich, dass selbst gute Regelwerke wirkungslos bleiben, wenn Verantwortung, Aufsicht und Kontrolle nicht konsequent wahrgenommen werden. Wo der Kanton Eigentümer ist, trägt er eine besondere Verantwortung. Er legt die strategischen Ziele fest, überwacht deren Umsetzung und sorgt dafür, dass Verwaltungsräte ihre Aufgaben professionell wahrnehmen. Eigentümeraufsicht ist deshalb keine administrative Pflicht, sondern eine zentrale Führungsaufgabe. Dazu gehört auch ein professionell organisiertes Beteiligungsmanagement innerhalb der Kantonsverwaltung. Klare Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten und Entscheidungswege sind zentrale Voraussetzungen für eine wirksame Eigentümersteuerung.

Der KGv SO erwartet, dass festgestellte Governance-Mängel konsequent behoben werden. Eigentümerstrategien dürfen nicht bei Absichtserklärungen stehen bleiben. Sie müssen regelmässig überprüft, eingefordert und wo notwendig durchgesetzt werden. Kontrolle schafft nur dann Vertrauen, wenn festgestellte Mängel konkrete Konsequenzen nach sich ziehen.

Ein Verwaltungsratsmandat in einem staatsnahen Unternehmen ist keine politische Auszeichnung, sondern eine anspruchsvolle Führungsaufgabe. Über die Besetzung müssen fachliche Kompetenz, Führungserfahrung, Integrität und Unabhängigkeit entscheiden. Wer öffentliche Vermögenswerte beaufsichtigt, trägt eine besondere Verantwortung gegenüber Bevölkerung, Politik und Wirtschaft.

Gerade dort, wo staatsnahe Unternehmen im Wettbewerb mit privaten Unternehmen stehen, sind höchste Anforderungen an Transparenz, Führung und Kontrolle erforderlich. Gute Public Corporate Governance schützt nicht nur öffentliche Interessen, sondern gewährleistet auch faire Wettbewerbsbedingungen und stärkt das Vertrauen der Wirtschaft in staatliches Handeln.

Stefan Blaser, Präsident des KMU- und Gewerbeverbands Kanton Solothurn, hält fest:
«Die GPK hat Schwachstellen aufgezeigt, die ernst genommen werden müssen. Gute Public Corporate Governance zeigt sich nicht in Richtlinien, sondern im Handeln. Der Regierungsrat muss seine Eigentümerverantwortung konsequent wahrnehmen und dort handeln, wo Defizite bestehen.»

Für den KGV SO gehört eine wirksame Public Corporate Governance zu einem leistungsfähigen Staat. Der Staat schafft gute Rahmenbedingungen, setzt klare strategische Leitplanken und nimmt seine Eigentümerverantwortung wahr. Die unternehmerische Führung staatsnaher Unternehmen gehört in die Hände qualifizierter und unabhängiger Führungsgremien. So werden Risiken reduziert, Steuergelder geschützt, faire Wettbewerbsbedingungen sichergestellt und der Wirtschaftsstandort Solothurn nachhaltig gestärkt. Der KGV SO ist überzeugt, dass Verwaltungsratsmandate staatsnaher Unternehmen heute mehr denn je ausreichende zeitliche Verfügbarkeit, fachliche Kompetenz und Unabhängigkeit erfordern. Die Zeit von Mandaten, die neben zahlreichen weiteren Funktionen lediglich repräsentativ wahrgenommen werden, ist vorbei.

Weitere Auskünfte erteilt:

Sarah Koch, Geschäftsführerin
032 624 46 24